

Annahme-Bureau.
In Posen außer in der
Expedition dieser Zeitung
(Willemsstr. 17)
bei C. H. Alrici & Co.
Breitestraße 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei J. Streisand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Posener Zeitung.

Neunundachtzigster Jahrgang.

Annahme-Bureau.
In Berlin, Breslau,
Dresden, Frankfurt a. M.,
Hamburg, Leipzig, München,
Stettin, Stuttgart, Wien,
bei C. F. Dabbe & Co.,
Hofenstraße 14.
in Gnesen bei Th. Spindler,
in Grätz bei J. Streisand,
in Meseritz bei Ph. Matthias.

Nr. 392.

Mittwoch, 7. Juni.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren
Raum. Bekanntheitsverhältnisse höher, sind an die
Expedition zu senden und werden für die am fol-
genden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis
5 Uhr Nachmittags angenommen.

1882.

Deutscher Reichstag.

12. Sitzung.

Berlin, 6. Juni, 1 Uhr. Am Tische des Bundesraths v. Bötticher,
Bitter, Scholz, v. Schelling u. A.

Ein Schreiben des Reichsfinanzministers vom 17. Mai benachrichtigt das Präsidium, daß laut einer Mitteilung der württembergischen Regierung der Abg. Dietz hinsichtlich der Beschuldigung eines Vergehens wider § 19 des Gesetzes gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie vom 21. Oktober 1878 durch Beschluß der Strafkammer I. des Landgerichts zu Stuttgart vom 4. d. M. unter Uebernahme der Kosten des Verfahrens auf die Staatskasse außer Verfolgung gesetzt worden ist.

Der Abg. v. Dm (Landshut) hat sein Mandat niedergelegt.
Präsident v. Lepow: Bevor wir in die Tagesordnung treten, verleihe ich nicht, dem hohen Hause davon Mitteilung zu machen, daß der Gesamtvorstand des Reichstages den an ihn ergangenen Einladungen des Bundesraths der Schweiz und der Municipalität der Stadt Mailand zur feierlichen Eröffnung der Gotthardbahn in den Tagen vom 21. bis 25. v. Mts. fast vollständig gefolgt ist. In äußerst zuvorkommender, freundlicher und glänzender Weise begrüßt und aufgenommen ist er sowohl von dem Bundesrath und den Behörden der Schweiz, als auch von der Stadt Mailand, von den Vertretern Sr. Majestät des Königs von Italien, dem dort anwesenden Herzog von Aosta, von der Verwaltung der Gotthardbahn und von den an dem Feste beteiligten Mitgliedern der Volksvertretung der Schweiz und Italiens, endlich von der Bevölkerung auf beiden Seiten der Alpen. Der Gesamtvorstand des Reichstages hat Gelegenheit gehabt, nicht nur Kenntnis zu nehmen von der Großartigkeit des ausgeführten Eisenbahnbaues und von seiner gelungenen Ausführung, sondern auch davon, daß die Beteiligung des deutschen Reiches an dem Eisenbahnbau in der Schweiz und in Italien dankbar anerkannt wird und daß das deutsche Reich, der deutsche Reichstag und der deutsche Name diesseits und jenseits der Alpen überall die herzlichsten Sympathien findet. Als ein Zeichen dieser Sympathie werden die Herren Kollegen es betrachten, daß für eine Hin- und Herfahrt auf der Gotthardbahn, gültig für das ganze Jahr, Fahrkarten ihnen zur Verfügung gestellt sind. Wir dürfen die Hoffnung hegen, daß der neu eröffnete internationale Verkehrsweg unserem Vaterlande zum Nutzen gereichen wird und nicht nur allein auf dem Gebiete der materiellen Interessen. (Lebhafter Beifall.)

Das Haus tritt in die zweite Beratung der Zolltarif-Novelle ein.

§ 1 lautet: „In die Stelle des § 7 Ziffer 2 des Gesetzes vom 15. Juli 1879, betreffend den Zolltarif des deutschen Zollgebiets, tritt folgende Bestimmung: Den Inhabern von Mühlen wird für die Ausfuhr der von ihnen hergestellten Mühlenfabrikate eine Erleichterung dahin gewährt, daß ihnen der Eingangszoll für eine der Ausfuhr entsprechende Menge des zur Mühle gebrachten ausländischen Getreides nachgelassen wird. Der Ausfuhr der Mühlenfabrikate steht die Niederlegung derselben in eine Zollniederlage unter amtlichem Verschluss gleich. Ueber das hierbei in Rechnung zu stellende Ausbeuteverhältnis trifft der Bundesrath Bestimmung. Das zur Mühle zollamtlich abgefertigte ausländische, sowie auch sonstiges Getreide, welches in die der Steuerbehörde zur Lagerung des erbscheinigten Getreides angemeldeten Räume eingebracht ist, darf in unverarbeitungem Zustande nur mit Genehmigung der Steuerbehörde veräußert werden. Zuwiderhandlungen hiergegen werden mit einer Geldstrafe bis zu einhundert Mark geahndet.“

Abg. v. Seereman: Es gereicht mir naturgemäß zur ganz besonderen Freude, daß die Regierungen sich endlich zur Erleichterung der Mühlenindustrie entschlossen haben. Offensichtlich gelingt es jetzt diese geradezu an den Rand des Ruins gebrachte Industrie wieder zu neuem Leben zu erwecken. Allerdings kommt die Einsicht der Regierung etwas spät und erst nachdem schon viel Unheil angerichtet worden ist. Im Wesen hat der Export des Mehles vollständig aufgehört, zum Schaden nicht nur der Mülerei und der in ihr beschäftigten Arbeiter, sondern auch der Landwirtschaft. Bedeutende Fallschüsseln sind eingetreten, — wir haben erst kürzlich wieder von einem solchen in Posen gehört. Die Lahmlegung der deutschen Konkurrenz haben sich Belgien, Holland und Schweden zu Nutzen gemacht; sie haben an den Grenzen große Mühlenetablissemments errichtet; erst kürzlich ist ein Aktienunternehmen in Malmö entstanden, welches stündlich 6000 Kilogramm Weizen, also stündlich 15 Doppelwaggons vermahlt. Es wird Deutschland hiernach sehr schwer fallen, die verlorene Stellung wieder zu gewinnen, und die Regierung mag sich diese traurigen Erfahrungen sehr zur Lehre nehmen. (Hört! Hört!) Der Reichstag hat, glaube ich, ein Recht, der Regierung die Folgen ihres Zauderns vorzubalzen, weil er mit großer Majorität seit Jahren Anträge angenommen hat, die auf eine Erleichterung der Exportmülerei hingingen. Die Regierung muß ferner nicht nur rascher vorgehen in solchen Fragen, sondern auch hüten, die Theorien der Schutzölle mit denen der Finanzölle zu verwechseln. Sie hat die Angelegenheit von einem finanz-zollmäßigen Standpunkt behandelt, während lediglich Fragen des Schutzolls und der inneren Produktion vorlagen. Daher die vielen Irrthümer und Nachtheile. Will man den Standpunkt der Schutzöllner vertreten, so muß man die Bedürfnisse und Bewegungen des ganzen gesehlichen und politischen Lebens verfolgen; da hat die Regierung in diesem Falle nicht gethan. Zur inneren Refabrikation des § 1 brauche ich wohl nichts mehr anzuführen; was für denselben gesagt werden kann, ist schon früher gesagt worden, und es herrscht ja wohl auf allen Seiten des Hauses über die Nichtigkeit desselben eine Auffassung. Herr Bamberger hat bei der ersten Lesung angedeutet, die Vorlage sei ein Abfall von dem System des Schutzolls, und hat wieder einmal bestritten, daß das Ausland den Zoll bezahle. Ich kann beides nicht zugeben. Wenn man überhaupt Schutzölle feststellt, so sind solche Ausnahmen ganz unausweichlich. Schon bei Festsetzung des Zolltarifs sind eine Anzahl derartiger Ausnahmen berücksichtigt worden, auch gerade in Bezug auf das Mehl; sie sind nur damals nicht in der Weise zur Ausführung gelangt, wie es wünschenswerth und nothwendig gewesen wäre. Ferner ist bezüglich dieses Punktes nicht gesagt worden, daß das Ausland den Zoll trüge. Gerade ich, als Referent der Kommission im Jahre 1879, habe anerkannt, daß die Lage der Mühlenindustrie durch den Eingangszoll auf Getreide erheblich alterirt werden würde. Ich bebaure, daß Herr Bamberger bei seinem sonst so guten Gedäch-

nis sich dies nicht gemerkt hat. Ein wichtiger Punkt ist die Festsetzung des Ausbeuteverhältnisses zwischen Getreide und Mehl. Wir wissen nicht, welchen Prozentsatz der Bundesrath, dem das überlassen bleibt, festsetzen wird. Man hat früher 70, auch 80 Proz. angenommen, was entschieden unrichtig ist, namentlich für das feinere Mehl, das hauptsächlich beim Export in Frage kommt und bei dem die Abfälle naturgemäß am größten sind. Das Ausbeuteverhältnis variiert je nach der Sorte des Mehls. Ich hoffe, daß der Bundesrath in diesem Falle sehr vorsichtig sein wird und entweder eine gewisse Scala für das Ausbeuteverhältnis festsetzt oder es sehr reichlich bemisst, damit der Vortheil, den man der Mühlenindustrie zuwenden will, auch wirklich erreicht wird. Die Kontrolle muß nicht nur so einfach wie möglich, sondern auch für die Industriellen so billig wie möglich sein, und ich würde es für politisch von Seiten der Regierung halten, wenn sie dabei das möglichste Entgegenkommen zeigte. Ich verstehe es nicht, wie die Regierung selbst der Schutzöllpolitik Gegner schaffen kann durch eine Interpretation des Tarifs, wie wir sie zuweilen erlebt haben und wie sie als Zollkurios eine traurige Berühmtheit erlangt haben. Ich glaube, daß im Allgemeinen für das durchschnittlich zum Export kommende Weizenmehl ein höheres Ausbeuteverhältnis als 65 Prozent nicht angenommen werden kann. Wie sich die Sache bei andern Mühlenfabrikaten, bei Schrot und ähnlichen Produkten stellt, kann ich aus der Vorlage nicht entnehmen; darüber giebt vielleicht die Regierung noch Aufschluß, vielleicht auch darüber, wie die Getreideforsten, aus denen man kein Mehl macht, behandelt werden sollen; ob diese, z. B. Hafer, auch aus den Mühlen und Lagern der Beteiligten nicht verkauft werden dürfen. Ich bitte schließlich die Regierung, in diesen Erleichterungen ganz entschieden weiter vorzugehen und möchte mir, wenn das Gesetz schnell zum Abschluß kommt, in dritter Lesung den Antrag erlauben, es statt am 1. Juli schon am 15. Juni in Kraft treten zu lassen. Die allgemeinen Anweisungen können bis dahin ausgearbeitet sein. (Beifall.)

Direktor im Reichsschatzamt Burchard: Um die allgemeine gegen die Regierung erhobenen Vorwürfe zu begründen, bei denen der Vorredner sogar auf die Zollkurios zurückgegriffen hat, fehlt es ebenso an Daten, wie an ihrer Widerlegung. Bei den Uebelständen der Zollabfertigung handelt es sich nicht um Praktiken, die gerade der Freihandels-Mera ihr Dasein verdanken, und der Bundesrath ist nach Kräften bemüht, die betreffenden Bestimmungen zu ändern und so die gerügten Uebelstände zu beseitigen, wenn auch Mißgriffe immerhin noch vorkommen können. Bei seinen Schilderungen hat der Vorredner sehr stark aufgetragen. Nicht seit 4, sondern erst seit 2 Jahren sind die hier in Betracht kommenden Zollbestimmungen in Gültigkeit, und die Regierung konnte daher nicht früher Änderungen beantragen, sie durfte nicht schnell und leicht zu Werfe gehen, sondern mußte bei so wichtigen Fragen sorgsam die Wirkung der einmal festgesetzten auch in diesem Hause sehr eingehend geprüften Bestimmungen abwarten. Es handelt sich bei der hier vorgeschlagenen Änderung gar nicht darum, ob der Mühlen ein Finanz- oder Schutzoll ist, sondern nur um eine von diesem Gebiete ganz abseits gelegene Thatsache, um ein Prinzip, das man überall streng durchzuführen muß. Die gegenwärtigen Tariffälle sind festgesetzt zu dem Zwecke, um der Mühlenindustrie zu Hilfe zu kommen, und sie haben auch diesen Erfolg gehabt, wie die statistischen Erhebungen darthun. Wenn der Vorredner demgegenüber auf das Eingehen großer Mühlen-Etablissemments, namentlich in Posen, hinweist, so kann ich nur erklären, daß die Ursachen dieser Kalamität in ganz anderen Verhältnissen, namentlich in der Schwierigkeit der Herbeischaffung erforderlicher Kapitalien zu suchen sind. Die Regierung glaubt, daß durch die von ihr gemachten Vorschläge allen begründeten Beschwerden Rechnung getragen worden ist. Sollten weitergehende Anträge gestellt werden, so wird sie auch diese einer eingehenden Beratung unterziehen. Gegenwärtig aber herrscht bei der Regierung die Ansicht, daß es nicht nöthig sei, über das hinauszuweisen, was in der Vorlage als nothwendig anerkannt wird.

Abg. Kochann (Landshut): Es scheint zweifelhaft, ob die Bundesrath, welche der Mühlenindustrie durch den Zolltarif geschlagen worden sind, durch diese Tarifänderung oder überhaupt jemals wieder geheilt werden können; ich glaube dies nicht. Während seit 1857 große Quantitäten ausländischen Getreides bei uns eingeführt wurden, die wir zu Mehl verarbeitet wieder exportirten, hat sich dies Verhältniß mit dem neuen Zolltarif mit einem Schlag geändert. Die früher entstandenen großen Mühlen-Etablissemments, die um 50 Proz. mehr produzierten, als für den heimischen Bedarf nöthig war, sind auf den Export angewiesen und um sie in Thätigkeit zu erhalten, muß das richtige Verhältniß zwischen dem zum Export bestimmten Mehl und dem importirten hierzu zu verarbeitenden Getreide gefunden werden. Dies Prinzip ist in der Vorlage in keiner Weise berücksichtigt; es kann nach den Bestimmungen derselben vorkommen, daß die Regierung, namentlich wenn aus dem importirten Getreide ein großer Mehlgewinn erzielt wird, für ganz unverhältnismäßig große Quantitäten Mehl mehr an Zoll vergüten muß, als sie selbst für das Getreide vereinbart hat, ein Uebelstand, auf den besonders hingewiesen zu werden verdient. Die Erfahrungen während der letzten drei Jahre haben jedenfalls die oftmals gehörte Behauptung genügend widerlegt, das Ausland bezahle den Getreidezoll. Ich behaupte ferner, daß seit dem Bestehen des Zolltarifs das Inland den vollen Zoll bezahlt hat und man wird nicht in der Lage sein, mich mit Zahlen zu widerlegen.

Abg. von Kardorff: Auf die fähne Behauptung des Vorredners will ich demselben nur bemerken, daß vor dem Zolltarif nicht selten die Getreidepreise in Posen höher waren, als bei uns in Schlesien, was der Posen'schen Mühlen-Industrie nie geschadet hat, und andererseits will ich ihm an einem Beispiel nachweisen, wie gerade das Ausland den Zoll trägt. Ein hiesiger Spiritushändler, mit dem ich in Unterhandlung stehe, erklärte mir, daß in Folge der Erhöhung des Spiritusolles in Frankreich unser Spiritus im Preise sinken werde, da der Zoll dem Preise zugerechnet werden müsse.

Der § 1 der Vorlage wird mit großer Majorität angenommen. § 2 enthält sechs verschiedene Vorschläge wegen Änderung verschiedener Positionen des Zolltarifs, die sich in der Reihenfolge an die Ordnung des Tarifs anschließen. Zunächst kommt ein Antrag des Abg. Grafen v. Regendank wegen Einführung eines Zolles auf Schleimkreide von 1 Mark pro 100 Kilogramm zur Verhandlung.

Abg. Graf v. Regendank weist darauf hin, daß seit 1870 in Schweden und Dänemark neue Kreidebrüche eröffnet sind und das Angebot damit erheblich bei uns zugenommen hat. Demgemäß ist die Ausfuhr bei uns zurückgegangen und es steht, wenn nicht Schutzölle

festgesetzt werden, zu befürchten, daß diese Industrie bei uns dem Ruine verfällt. Bei dieser Sachlage empfehle ich die Annahme des gestellten Antrages.

Direktor im Reichsschatzamt Burchard: Der Antrag ist bei früheren Beratungen bereits gestellt, aber nicht durchgegangen, und es hat seit jener Zeit kein Anlaß vorgelegen, ihn abermals in Erwägung zu ziehen. Der Schweiz gegenüber würden ganz besondere Rücksichten bei solcher Tarifbestimmung nöthig sein, da sie bei derselben, in ihrem Verhältniß als meistbegünstigte Nation, interessiert ist. Sollte der Antrag angenommen werden, so wird die Regierung denselben einer eingehenden Prüfung unterziehen; ich kann aber nicht empfehlen, den Antrag anzunehmen.

Abg. Windthorst: Wir haben uns entschlossen, den bedrohten Industrien durch Schutzölle beizustehen. Die Kreidebrüche auf der Insel Rügen stehen in Gefahr, durch die ausländische Konkurrenz vernichtet zu werden, wenn der gegenwärtige Zustand bestehen bleibt und ihr nicht durch wirksame Hilfe entgegengewirkt wird. Ich werde deshalb dem gestellten Antrage beitreten.

Abg. Dohrn: Ich bin mit den Verhältnissen genau bekannt und kann darum konstatiren, daß Graf v. Regendank die Sache schwärzer dargestellt hat, als sie liegt. Die Schleimkreide befindet sich genau in derselben Lage wie der Zement. Beide sind seit dem Ginderjahre 1873 gleichmäßig im Preise heruntergegangen, sie werden sich wieder heben, wenn die Verhältnisse sich wieder günstiger gestaltet haben werden. Besser als mit Zöllen würde den Grubenbesitzern mit der Herstellung eines gesicherten Transportes der Schleimkreide gedient sein. Nach dieser Richtung hin ist in Stettin bereits eine Bewegung veranlaßt worden, von der man sich Gutes versprechen darf, ich bitte darum, den Antrag abzulehnen.

Abg. Braun: Der Antrag ist zwar vom 15. Mai datirt, in dessen mir erst heute zu Gesicht gekommen. Unter diesen Umständen habe ich eine Abstimmung über denselben für bedenklich, zumal da wir über denselben thatsächliche Mittheilungen vernommen, die zu Kontrollen mir im Augenblick nicht möglich ist. Willten wir übrigens diesen Antrag in das Gesetz hineinschreiben, und stellte sich dann heraus, daß der Bundesrath denselben für nicht realisierbar erklärt, so gefährden wir damit das ganze Gesetz. Das gebe ich den Herren zu bedenken, die sich für das Zustandekommen des § 1 interessieren, welcher die Mühlenindustrie aus ihrer traurigen Lage helfen soll. Das ist der praktische Grund, den ich gegen den Antrag habe. Es scheint mir übrigens sich bei dieser ganzen Sache mehr um eine Transportfrage zu handeln und diese können wir durch einen solchen Antrag nicht in eine andere Lage bringen. Endlich bestimmt mich gegen den Antrag noch eine Aeußerung des Grafen v. Regendank, wonach auf Grund bestehender Verträge schwedischer Schleimkreide bei uns eingeführt werden soll, und belegen wir dagegen die aus den nördlichen Ländern kommende mit Eingangszöllen, so ist das der Beginn des Rückfalls in das System der Differentialtarife, so dem wir und auch die Reichsregierung nicht zurückkehren wollen. Der Antrag würde uns nur politische Schwierigkeiten bereiten und dem Ausland zu Repressalien Veranlassung bieten, die Deutschland nicht provoziren sollte, das in der Mitte Europa's liegt und mehr als jedes andere Land auf ein friedliches Verhalten zu allen Nachbarstaaten hingewiesen ist.

Abg. von Kardorff zieht hierauf den Antrag zurück und erklärt, daß seine Freunde für eine Resolution stimmen werden, wonach die Angelegenheit der Regierung zur wohlwollenden Erwägung überwiesen werden solle.

Abg. Windthorst: Ich nehme den Antrag wieder auf, denn meine Ansicht ist die, daß den Leuten bald geholfen werden muß und wir nicht warten können bis zur nächsten Session. Bis dahin kann schon großes Unglück geschehen sein. Ich habe gar nichts dagegen, daß der Antrag zurückgezogen wird, wenn nur die Vorfrage erledigt wird, daß noch etwas in dieser Session in dieser Angelegenheit zu Stande kommt. Die Annahme einer Resolution, wie sie der Abg. von Kardorff vorschlägt, würde das nur verhindern. Ich würde den Antrag in direkter Form wieder aufgenommen haben, wenn ich nicht hoffte, daß die Herren rechts bis zur dritten Lesung einen anderen Ausweg finden werden.

Abg. Richter (Hagen): Dann nehme ich den Antrag zu dem Zwecke wieder auf, um auf die Aeußerung des Abg. Windthorst etwas erwiedern zu können. (Heiterkeit links.) Ich bebaure, daß die Frage nicht heute schon zu einer definitiven Abstimmung kommt, weil ich den Antrag nicht nur zur Zeit, sondern überhaupt für völlig ungerechtfertigt halte. Ich habe das schöne Land, wie Graf v. Regendank sagte, seit einer Reihe von Jahren in jedem Sommer besucht, die Kreidebodenbesitzer haben mich persönlich um einen Zoll angegangen, ich war also in der Lage, mich einigermaßen über die Sache zu unterrichten. Dem Interesse weniger Kreidebodenbesitzer — es handelt sich hauptsächlich um die Halbinsel Rasmund — steht das Interesse der Zementfabrikanten, des Baugewerbes, der Maler und Anstreicher und gewisser chemischer Industrien schmerzhaft gegenüber. Wenn Sie den Zoll einführen, so schädigen Sie alle die, welche auf die Kreide als Hilfsstoffe in ihrer Fabrikation angewiesen sind. Natürlich leidet mit dem ganzen Baugewerk auch die Zementfabrikation und gerade sie klagt über die schlechten Preise noch mehr als die Herren Kreidebodenbesitzer. Nimmt das Baugewerbe mehr Aufschwung, so steigen die Zement- und Kreidepreise und es machen dann die Herren bessere Geschäfte mit ihrem Kreideboden. Nun weiß ich, daß dieselben bis vor zwei oder drei Jahren — über das letzte Jahr bin ich nicht unterrichtet — gewissermaßen ein Monopol besaßen. Nachdem sie sich durch Ueberproduktion wesentlich geschädigt, schlossen sie eine Koalition, welche jedem Kreidebruchbesitzer eine bestimmte Produktion auferlegte, ihn in der Produktion beschränkte. Sie machen die Preise, wenigstens vor 2—3 Jahren war dies noch der Fall, durch Uebereinkunft, können also schon jetzt, wie die Zementfabrikation, die Preise otkoniren. Schemden Sie nun noch die einzige Konkurrenz — Dänemark und Schweden — ab, so ist die Zementfabrikation vollständig in die Hände dieser wenigen Kreidebruchbesitzer gegeben. Warum wollen Sie gerade diese so begünstigen? Herr Hansemann, der doch sehr wohl weiß, was er thut, hat erst kürzlich einen neuen Kreidebruch eröffnet, den er selbst für höchst rentabel hält. Dann steigt auch der Preis des Landes, den die Besitzer meist dabei haben, gerade jetzt durch die Zunahme des Baulebens außerordentlich. Der Insel Rügen fehlt nicht ein Zoll, sondern Verbesserung der Kommunikationsmittel. (Sehr richtig! links.) In dieser Hinsicht aber sind schon durch den preussischen Landtag in der letzten Session die Mittel für eine Seilbahn auf Rügen bewilligt, welche freilich nur bis Bergen geht, aber Anschlüsse bis an die Küste werden sich dann leicht herstellen lassen.

Auch mit Unterstützung von Hafenanlagen, die u. a. für die dortige Fischerei große Bedeutung haben, würde man dem Wünsche jener Gegend weit mehr Rechnung tragen, als mit einem meeres Erachtens sehr umfassenden Zoll, gegen den ich nicht nur jetzt, sondern überhaupt ganz entschieden bin. Ich bin auch überzeugt, daß wenn die Herren, denen jene Verhältnisse bisher weniger bekannt waren, sich eingehend mit ihnen beschäftigen, zu einem ähnlichen Urtheil kommen werden. Nachdem ich in dieser Weise gegen den Antrag gesprochen und damit der Zweck seiner Wiederaufnahme erfüllt ist, ziehe ich ihn meinerseits auch wieder zurück. (Große Heiterkeit.)

Die Nr. 1 des § 2 der Vorlage, wonach in Zukunft der Walzdraht zur Krugfabrikation, welcher bisher 3 M. Zoll bezahlte, nur 0,50 M. bezahlen soll, wird angenommen.

Nr. 2 führt für Asbestwaaren (Pappe, Garne, Stride, Gewebe u. a. aus Asbest) Zollsätze von 10—60 Mark ein. Die Abstimmung über die einzelnen Positionen bleibt zweifelhaft. Die Bänke der linken Seite sind sehr stark besetzt, die des Zentrums und der Rechten sehr schwach. Infolge dessen werden die vorgeschlagenen Zollsätze für Asbestwaaren mit 121 gegen 93 Stimmen abgelehnt; gegen dieselben stimmen außer den liberalen Parteien auch die Polen und Fürst v. Gayfeld (Reichspartei).

Von derselben Mehrheit wird die Nr. 3 auf Antrag des Abg. Rittinghausen in folgender Fassung angenommen: Eisenblech und Perlmutterstücke für kurze Waaren vorgefertigt 10 M. Nach der Vorlage sollte ein Zoll von 30 M. gezahlt werden; Eisenblechstücke zahlten diesen Zoll schon früher, die Perlmutterstücke sollten denselben gleichgestellt werden.

Um 3½ Uhr tritt der Reichskanzler Fürst Bismarck in den Saal und wohnt der Verhandlung etwa ½ Stunde bei.

In Nr. 4 ist eine anderweitige Tarifierung und Zollerhöhung für grobe ungefärbte Fußdecken aus Manillahanf, Kokos, Jute; für Seile, Taupe, Stricke u. s. w. vorgeschlagen. Auch dieser Vorschlag wird mit derselben Majorität wie bei den früheren Nummern abgelehnt. Mit derselben Mehrheit wird die Erhöhung des Zolles für Lichte von 15 auf 18 M. abgelehnt.

Für Honig wird eine Zollerhöhung von 3 auf 20 Mark pro 100 Kilo vorgeschlagen.

Direktor im Reichsschatzamt Burchard: Die Erhöhung dieses Zolles ist nur ein Akt der Gerechtigkeit, wenn man den hohen Zoll auf Rohrzucker in Betracht zieht. Nach amtlichen Ermittlungen besteht der schlechte Honig nur zum geringen Theil aus wirklichem Honig, er wird vielmehr aus Rohrzucker-Syrup erzeugt. Dieses Gemisch wird zwar schon jetzt mit dem höchsten Satz, nämlich mit 15 M., besteuert, aber leider bleibt diese Bestimmung in den meisten Fällen illusorisch, weil das auf die angegebene Weise erzeugte Gemisch sehr schwer zu erkennen ist. Ich muß daher dringend bitten, den Zoll namentlich im Interesse der Gerechtigkeit zu erhöhen.

Abg. Graf Solferino: Die Erhöhung des Honigzolls empfiehlt sich weniger deshalb, um den Fabrikanten, die ohnehin viel zu schwarz sehen, unter die Arme zu greifen, wohl aber ist sie im Interesse der Bienenzüchter. Wie unglaublich viel die Bienenzucht zum Wohlstand eines Volkes beiträgt, kann man recht deutlich in Schleswig-Holstein sehen. Es wäre daher zu wünschen, daß der Sinn für dieselbe in allen Theilen unseres Vaterlandes geweckt würde. Nehmen Sie die Regierungsvorlage an, da sie sehr geeignet ist, den Wohlstand unseres Volkes zu erhöhen. (Beifall rechts.)

Abg. Braun: Herr v. Heeremann hat mich heute gleich beim § 1 mit meinem Honig in sein Wehl verwickelt. Er meinte, ich hätte früher bessere Wege gemacht; das kann wohl sein, ich habe die Empfehlung, als ob wir beide älter geworden wären. Uebrigens mache ich meine Wege nicht, um Herrn von Heeremann zu amüsiren, sondern verfolge damit sachliche Zwecke. Ich habe die Regierung in ihrer Politik sehr unterstützt, so lange sie freihändlerisch war, und bekämpfe sie jetzt, weil sie protektionistisch ist. Herr v. Heeremann hat seinen Standpunkt im Laufe der Zeit geändert, heute scheint bei ihm nicht mehr der gouvernementale Sauch zu wehen wie 1879; der Vortrag, den er heute gehalten hat, hat eine ziemlich oppositionelle Färbung. Als ich bei der ersten Lesung dieser Vorlage die Nachteile hervorgehoben habe, die die außerordentliche Erhöhung des Honigzolls für unser wirtschaftliches Leben nach sich ziehen wird und dabei auch auf die Kindermwelt und deren Vorliebe für die Honigfuchen hinwies, erwiderte darauf der Herr Direktor Burchard lächelnd, die Vorlage sei vom Standpunkte der Kinder aus allerdings nicht geprüft worden. Nun ich bin der gegenteiligen Ansicht, es liegt innerhalb der Pflicht der Regierung, die Vorlage, bei der es sich um die Nahrung der Kinder handelt, auch von diesem Standpunkte aus zu prüfen, denn in den Kindern liegt die Zukunft und die einstige Wehrkraft des deutschen Reiches. Direktor Burchard hat bei früherer Gelegenheit auch auf die Schweiz hingewiesen, wo der Honigzoll ebenfalls erhöht worden ist. Zunächst ist der Schweizer Zolltarif bis jetzt noch gar nicht in Vollzug gekommen und wir wissen auch nicht, ob es überhaupt dazu kommen wird; sodann aber hat dort eine Erhöhung von 3 auf 8 Franks, nicht aber auf 20 Mark stattgefunden. Unsere einheimische Honigproduktion ist gar nicht im Stande, den Konsum des deutschen Volkes zu befriedigen. Wer guten Honig produziert, kann ihn zu Hause zu hohem Preise absetzen und hat keinen Schuss nöthig; wozu also die Erhöhung des Zolles? Dieselbe wurde heute als eine Forderung der Gerechtigkeit hingestellt mit dem Hinweis auf den hohen Zoll auf Rohrzucker. Doch ist das Surrogat für Honig nicht der Zuckersyrup, sondern der Stärkesyrup. Dieser wird aber im Inlande produziert und bezahlt daher keinen Zoll. Es ist also auch das Argument der Gerechtigkeit über den Haufen gefallen. Die Nürnberger Honigfuchenfabrikanten haben in einer Zuschrift ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie lieber deutschen Honig verwenden, weil er größere Konsistenz habe. Der Abg. Frege hat mir seiner Zeit vorgehalten, ich hätte bei der ersten Lesung viel zu lang gesprochen, dann hat er aber selbst eine Rede gehalten, die sich durch alles Andere eher als durch Kürze auszeichnet hat. Bei dieser Gelegenheit hat er untergeordnet, ich hätte mich durch die in Leipzig wohnenden Lebzuchenerinteressenten, von denen er mit großer Geringschätzung spricht, bestimmen lassen, gegen die Vorlage aufzutreten. Wenn das wirklich der Fall wäre, so wäre das gar keine Schande. Was wollen denn die Leute? Sie verlangen keinen Schutz Zoll, sie verlangen nicht nach der Klink der Gesetzgebung, sie verlangen nichts, als in Ruhe gelassen zu werden. Diesen Gefallen kann man wohl den armen Leuten thun, wenn man den Reichthum durch Schutz Zölle Wohlthaten erweist. Wollte ich Herrn Frege Unterthänigkeiten machen, so brauche ich bloß an die Position „Schiefer“ zu erinnern. (Beifall links.) Wenn die Honigfrage wirklich eine so unbedeutende ist, so möge Herr Frege den außerordentlichen Einfluß, den er auf die Regierung hat (Heiterkeit), dazu verwenden, daß wir mit solchen Vorlagen verschont bleiben. Schafft uns endlich Ruhe und stört uns nicht in unserem Erwerbe — das ist der Wunsch des Volkes. (Beifall links.)

Direktor im Reichsschatzamt Burchard: Ich halte Alles aufrecht, was ich bei der ersten Lesung bezüglich des Schweizer Zolltarifs gesagt habe, wo der Honigzoll dem Zuckersoll gleichgestellt ist. Ob die Zukunft darin liegt, daß die Kinder viel Honigfuchen essen, will ich dahingestellt sein lassen. (Sehr richtig.) Von unseren Fabrikanten wird der Hauptfache nach Rohrzuckersyrup verwendet; anders ist dies freilich bei den Nürnberger Fabrikanten, die nur helle Honigfuchen produziren, zu dem nur Stärkesyrup verwendet werden kann. Der Vorredner wünscht nur Ruhe, nur keine Vorlagen. Wenn ich aber den § 1 unseres Entwurfs in Betracht ziehe, so kann ich nur sagen, daß eine solche Vorlage wiederholt gemüthlich wurde. Die Erleichterungen wollen Sie mit Freuden entgegennehmen, wenn es sich aber um Erleichterungen handelt, dann verlangen Sie immer nur Ruhe.

Verfänglich bemerkt Abg. Frege: Der Abg. Braun hat mir Motive untergeschoben, die ich nie einem Kollegen untergeschoben würde, wenn ich nicht bestimmte Beweise dafür hätte. Ich würde nicht für die

Erhöhung des Schieferzolls eintreten, wenn ich es nicht im Interesse kleiner Grubenbesitzer thun müßte.

Abg. Braun: Ich habe nur auf die scharfen Provokationen des Abg. Frege geantwortet, allerdings kräftig.

Darauf wird die Erhöhung des Honigzolls abgelehnt.

Der Zoll für Stearin, Palmöl, Paraffin, Wollwachs und Wachs soll von 8 auf 10 Mark erhöht werden; für diesen Vorschlag tritt Abg. Gaerle ein; aber auch dieser Vorschlag wird abgelehnt.

In Nr. 6 des § 2 der Vorlage ist die vorgeschlagene Erhöhung des Schieferzolls enthalten; auch diese Nummer wird mit derselben Mehrheit abgelehnt, nachdem die Abgg. v. Wendt, Leuchner (Eisleben), Stöcker, v. Minnigerode und die anderen Redner, die sich zum Worte gemeldet hatten, auf dasselbe verzichteten.

Schließlich genehmigt das Haus den § 3, nach welchem der Entwurf mit dem 1. Juli 1882 in Kraft treten soll.

Es folgt die Beratung des Antrages Schmidt (Elsersfeld) wegen Ermäßigung des Zolles für hartes Kammgarn von 8 auf 3 Mark.

Abg. Buddeberg: Wunderbarer Weise haben die Petitionen, welche uns über diesen Zoll zugegangen sind, Firmen, welche von der Ermäßigung des Zolls nicht um Mindesten berührt werden, weil sie die Wolle nicht spinnen. Die Kammgarnspinner erfreuen sich einer so großen Prosperität, daß sie der Wolle diese kleine Erleichterung wahrlich nicht abstreiten sollten. Dies beweisen die Dividenden der Altkammspinnereien. Die Augsburger Spinnerei war im Jahre 1879 10½ Prozent ab, ebensoviele 1880; die Kammgarnspinnerei in Leipzig gab 1878 10, 1879 13½, 1880 16½ Prozent. (Hört, hört! links.) Die Spinnerei in Kaiserslautern in drei Jahren hintereinander 17½, 18, 19 Prozent. (Hört, hört!), die Spinnerei in Malmerspach in den letzten Jahren 30—54 Prozent. Dividende, und es wird uns berichtet, daß eine der genannten Spinnereien ihrem ersten Direktor beim letzten Abschluß 180,000 Mark Anticome gewährt hat. (Hört, hört!) Unsere Kammgarnspinner vermögen trotz des hohen Zolles in Oesterreich immer noch der österreichischen und russischen Konkurrenz Trotz zu bieten. Was die Westgarnspinner betrifft, so haben wir davon überhaupt nur fünf, von denen vier für den Bedarf ihrer eigenen Webereien arbeiten, während der fünfte auch für den Handel und Verkauf spinnet, und der eine dieser Westgarnspinner hat mir erklärt, daß er die Erhöhung des Westgarnzolls unerheblich halte und deshalb nicht in die Agitation eingetreten sei. Als Hauptgrund führt man an, daß man die harten und weichen Kammgarne nicht von einander unterscheiden könne. Es ist allerdings richtig, daß Zweifel entstehen können, aber die Zollbeamten werden nur selten in die Lage kommen, zweifelhaft zu sein, weil ja die harten Kammgarne ausschließlich aus England bezogen werden; außerdem sind sie auf zylindrischen Papphüllen aufgewickelt, während die anderen auf konischen Papphüllen aufgewickelt sind. Oesterreichische Zollbeamte haben mir gegenüber bestätigt, daß diese Unterscheidungen vollkommen ausreichen. Hierzu kommt noch, daß unser Antrag nicht bloß für die Band- und Kantenfabriken in Varmen von Wichtigkeit ist, sondern auch für die Orleans-Fabrikation in Merano und Chemnitz. Es handelt sich hier um einen offensiblen Fehler des Tarifs, und sobald solche Mängel sich herausstellen, sollte man sie beseitigen.

Bundeskommissar Geh. Rath Burchard: Die Regierung steht diesem Antrage nicht antipathisch gegenüber, denn es kommen fiskalische Rücksichten nicht in Frage. Die Schwierigkeit der Materie in technischer und sachlicher Beziehung läßt es aber als wünschenswerth erscheinen, eine eingehende und sachliche Prüfung in einer Kommission vorzunehmen.

Abg. Bamberger: Der Herr Regierungskommissar hat gewünscht, daß dieser Gegenstand wegen der technischen Schwierigkeit an eine Kommission zu verweisen, ich hatte bei der ersten Lesung einen ähnlichen Wunsch geäußert. Wenn damals mein Antrag nicht angenommen wurde, so haben es sich die Herren selbst zuzuschreiben, wenn wir heute, in einer so vorgerückten Zeit der Session, den Gegenstand nicht noch einmal zwei Lesungen aussetzen wollen. Das ist begreiflich, haben doch auch inzwischen alle, die sich für die Sache interessieren, Muth genug gehabt, sich über die Sache zu informieren. So bereit ich darum früher war, für eine kommissarische Beratung einzutreten, kann ich dieselbe jetzt nicht mehr acceptiren.

Damit schließt die Debatte. Der Antrag Schmidt wird angenommen.

Schluß 5½ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Schmalz-Zoll, Wahlprüfungen, Nachtragsetat.)

Politische Uebersicht.

Posen, 7. Juni.

Ueber das Ergebnis der neuesten Lohnstatistik der deutschen Gewerksvereine bringen berliner Zeitungen folgende Mittheilung:

Als eine segensreiche Wirkung der neuen Wirtschaftspolitik ist von ihren Vortrühern immer eine wesentliche Vermehrung der Arbeitsgelegenheit und eine beträchtliche Erhöhung der Arbeitslöhne in Aussicht gestellt worden. Von Zeit zu Zeit wird auch versucht, den Nachweis zu führen, daß diese Voraussetzungen sich erfüllt haben, aber jede auf umfassendere Daten aus gewerblichen Kreisen gestützte Mittheilung hat rasch die Widerlegung aller dieser Behauptungen gebracht. Die Ergebnisse der vom Reichstagsabgeordneten und Anwalt der deutschen Gewerksvereine Dr. Max Hirsch regelmäßig veranstalteten Lohnstatistik der Gewerksvereine liefern in dieser Hinsicht ein werthvolles Material. Die uns vorliegende neueste Statistik über die Löhne in mehreren hundert Orten Deutschlands, nach den Angaben der Gewerksvereine von Dr. Max Hirsch zusammengestellt, zeigt das ebenso wichtige als traurige Ergebnis: daß die deutschen Lohnverhältnisse seit 1860 trotz der neuen Zollpolitik sich im Ganzen nicht verbessert, ja zum Theil noch verschlechtert haben. Allerdings zeigen einige Gewerke und Orte auch Erhöhungen, dieselben bilden aber Ausnahmen, insofern der Lohn kein ständiger, sondern z. B. im Sommer mit längerer Arbeitszeit auch höhere Löhne eintreten. Bei den Stuhlarbeitern in Suhl ist das Lohnminimum von 6 Mark auf 3—4 M. wöchentlich, bei durchschnittlich 12stündiger Arbeitszeit herabgesunken! Aber sieht man auch von diesen Mindestbeträgen, als möglicherweise nur vereinzelte Ausnahme bildend, ab, so erblicken wir in der maßgebenden Rubrik der durchschnittlichen mehrfachen Wochenverdienste von 6 M. (Schuh- und Handarbeiter, Stuhlarbeiter, Schuhmacher), 5,50 M. (Schuhmacher), 5,40 M. (Bergarbeiter) und 5 M. (Fabrikarbeiter). Man vergewärtigt sich, was Arbeiterfamilien für solche Löhne, die oft nicht einmal das ganze Jahr hindurch eingenommen werden, sich an notwendigen Lebensmitteln anschaffen können. In der Unfallversicherungsvorlage der Regierungen ist bekanntlich ein Jahres-Durchschnittslohn der deutschen gewerblichen Arbeiter von 750 M. angenommen und erklärt, daß ein solcher Lohn nur ausreicht zur Vorsehrung der notwendigen Lebensbedürfnisse. Fünf bzw. sechs Mark Wochenlohn machen aber selbst bei voller Beschäftigung das ganze Jahr hindurch nur 260 bzw. 312 M., also noch lange nicht die Hälfte des angeblichen Durchschnittsverdienstes. Welche Nothlage spricht sich in diesen Ziffern aus. Selbst die Berufs-zweige, die im Verdienst oben zu stehen pflegen, zeigen auch in der letzten Berichtsperiode außerordentlich große Vertheilungen, neben einzelnen bedeutenden Höhen recht viele und tiefe Senkungen. Nach der Berechnung der „Concordia“ ergibt sich beispielsweise für die Tischler (Schreiner) am 1. Juli 1881 ein Durchschnittslohn von 14,20 M., also auch noch nicht 750 M. jährlich. Die Tabelle des Gewerksvereins der Tischler aber zeigt 4 Städte mit nur 13, 5 Städte mit nur 12, 3 Städte mit nur 11—12 bzw. 11, endlich 3 Städte mit nur 4 M. Durchschnittslohn, also bis über 5 M. unter dem Durchschnitt, wogegen freilich auch vereinzelte Durchschnittslöhne von 18 und selbst 21 M. vorkommen. Bedenkt man nun, daß die Gewerksvereine ganz überwiegend

aus den besseren Arbeitern bestehen, so erkennt man schon aus diesem einen, unter vielen herausgegriffenen Beispiel das Trügerische solcher Durchschnittsangaben. Sehr bezeichnend für die Lage ist endlich das Ergebnis der Antworten unter der Rubrik „Lohnbewegung“. Darnach erwies sich die Lohnsteigerung nur in wenigen Fällen als steigend, größtentheils als fallend und zumeist als stehend. Dieses Ergebnis bedarf einer weiteren Erörterung. Die Arbeitszeit ist in der Mehrzahl der Berufe noch weit von normaler Regelung entfernt. Daß die bezeichneten Lohnverhältnisse für die große Masse des Volkes nach elfjährigem Frieden und bei dem gepriesenen Aufschwung der Industrie in Folge der neuen Handelspolitik noch immer fortbauern, ist tief beklagenswerth und giebt zu den ernstesten Gedanken über die herrschende Richtung Anlaß.

Der zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Mexiko bestehende Freundschafts-, Handels- und Schifffahrtsvertrag vom 28. August 1860 sollte zuerst nach vorausgegangener Kündigung durch die mexikanische Regierung mit dem 22. Dezember v. J. außer Gültigkeit kommen. Durch Austausch von Noten zwischen dem deutschen Minister-Residenten in Mexiko und der dortigen Regierung wurde jedoch vereinbart, daß die mexikanischerseits erfolgte Kündigung des Handels- und Schifffahrtsvertrages als erst am 13. Juli 1881 geschehen zu betrachten sei, so daß die Wirksamkeit des Vertrages am 13. Juli d. J. aufhören wird. Die Regierung von Mexiko wünscht die Beziehungen zum Auslande möglichst gleichmäßig zu regeln und hat deshalb auch die zwischen Mexiko und anderen Staaten bestehenden Verträge gekündigt. Zwischen Deutschland, welches einen bedeutenden Export nach Mexiko hat, und Mexiko jedoch schon seit Monaten Verhandlungen wegen Abschluß eines neuen Handelsvertrages. Deutscherseits wird Gewicht darauf gelegt, daß in dem neuen Handelsvertrag die auf dem pariser Kongreß im Jahre 1856 hinsichtlich des Handels der Neutralen im Kriegsfalle getroffenen Bestimmungen, denen Mexiko damals nicht beigetreten ist, zum Theil aufgenommen, und daß auch die als Kriegskontrebande geltenden Gegenstände näher bezeichnet werden, da dem Kaufmann und Händler in Kriegszeiten daran liegen muß, zu wissen, welche Gegenstände er verladen darf, und welche nicht. Vielleicht ließe sich zugleich auf dem Wege der Handels- und Schifffahrtsverträge überhaupt das auf dem pariser Kongreß begonnene Werk der Vereinbarung von Grundsätzen des internationalen Seerechts in Kriegszeiten nach und nach zu einem vollständigen und befriedigenden Abschluß bringen, was bekanntlich bis jetzt, ungeachtet wiederholter Anregungen, nicht hat gelingen wollen.

Aus Lemberg wird durch den offiziellen Telegraphen die Nachricht von der Aufstellung eines Militärkorps an der russischen Grenze zur Hintanhaltung der Einwanderung der jüdischen Bevölkerung aus Rußland für unbegründet erklärt. Es sei nur eine strengere Handhabung der Vorschriften über den Grenzverkehr angeordnet und die Gendarmen angewiesen worden, darüber zu wachen, daß die Juden nur an den erlaubten Punkten über die Grenze gehen. Da indeß der Uebertritt nur denjenigen Personen gestattet wird, welche mit ordnungsmäßigen Pässen versehen sind, eine Bedingung, welcher selbstverständlich nur sehr wenige der Flüchtlinge zu genügen vermögen, so ist es klar, daß die von der österreichischen Regierung verfügte Maßregel einer vollständigen Grenzsperrung nahezu gleichkommt. Auch russischerseits werden jetzt den Emigranten an der Grenze Pässe abverlangt, wodurch ebenfalls die Auswanderung eingedämmt werden wird. Mit der Repatriirung der zur Emigration untauglichen Flüchtlinge ist inzwischen begonnen worden. Denjenigen, welche ohne zwingenden Grund ihren von Erzeugen gar nicht betroffenen Heimathort verlassen haben, werden die Reisekosten vergütet und ein Handgeld zur Wiederaufnahme der früheren Beschäftigung in Rußland ausbezahlt. Die Hilfsaktion ist in einem Probyer Komitee zentralisirt, so daß eine raschere Erledigung der Unterstützung, Verpflegung und Expedition der Flüchtlinge zu erwarten ist.

Aus Petersburg erhält die „Bosk. Ztg.“ auf indirektem Wege folgendes Privat-Telegramm: „Der höchste Militärath beschloß die beschleunigte Befestigung der westlichen Grenze, und zwar sollen Lublin und das der deutschen Grenze nahegelegene Rowno zu befestigten Lagern erster Ranges erhoben werden. Gleichzeitig wird der durch den Bug geführte neue Kanal die Punkte Pinsk und Minsk, wo Skobielew kommandirt, verbinden. Nach Vollendung der Arbeiten werden nach Ansicht des Militärathes diese beiden korrespondirenden Befestigungen genügen, einer jeden feindlichen Invasion die Spitze zu bieten und sie, bis die Mobilisirung der ganzen russischen Armee vollendet ist, aufzuhalten. Die Meldung einiger Fachblätter, daß Warschau mit einem Befestigungsgürtel von fünfzehn Forts umgeben werde, ist irthümlich, es werden nur sechs gepanzerte Forts erbaut, dieselben jedoch so angelegt, daß zwischen ihnen im Bedarfsfall Erdforts wie bei Plewna oder befestigte Lager eingeschoben werden können. Die Zeitungen erhielten neuerdings verschärfte Befehle, diese Thatfachen zu ignoriren.“

Aus Petersburg läßt sich die „Independance Belge“ melden, daß gegenwärtig größere Truppenabtheilungen, unter Leitung von Eisenbahn-Ingenieuren, an der Erbauung einer von Pinsk nach Stabinka führenden strategischen Eisenbahnlinie arbeiten. Beide Orte liegen im Gouvernement von Minsk. Bis jetzt wurden von dieser Bahn in 120 Tagen 150 Km. vollendet, doch werden die Arbeiten mit dem größten Geheimniß umgeben.

Briefe und Zeitungsberichte.

C. Berlin, 6. Juni. [Das Tabaksmonopol. Das Krankenkassen-Gesetz. Das Schreiben des früheren landw. Ministers Dr. Friedenthal.] Heute Abend wird der von dem Abgeordneten Barth erstattete Bericht der Tabaksmonopol-Kommission fertig werden; man nimmt an, daß er auf die

Tagesordnung für Montag gesetzt wird, und heute wenigstens war man im Reichstag allgemein der Ansicht, daß Fürst Bismarck, nachdem er nun doch trotz aller Zweifel hier eingetroffen ist, zu der Verhandlung erscheinen werde — nicht so sehr, um für das verlorene Monopol sehr lebhaft einzutreten, als um die Resolution Dingens zu bekämpfen; es zeigt sich immer mehr, daß dieselbe, die eigentlich in der Kommission improvisiert worden, ohne daß außer der Fortschrittspartei irgend eine der Fraktionen nach einem solchen allgemeinen Ausspruch über die Steuerreform Verlangen getragen hätte, das Hauptstück des Restes der Reichstagsession werden wird. Vielfach wurde heute angenommen, daß der Kanzler ohne diesen Antrag der Kommission gar nicht zur Theilnahme an den Debatten hierher gekommen wäre. Als Kuriosum sei übrigens die Thatsache verzeichnet, daß es trotz der Ankunft desselben heute unter den Abgeordneten nicht völlig an Skeptikern fehlte, welche behaupteten, Fürst Bismarck habe nur behufs Rücksprachen über auswärtige Angelegenheiten auf der Reise nach Rissingen hier Station gemacht, in den Reichstag werde er aber nicht kommen. — Eine vorläufige Feststellung hat ergeben, daß der für den Schluß der ersten Berathung des Krankenkassengesetzes in der Kommission angekündigte liberale Antrag, zunächst die erste Lesung des Unfallversicherungsgesetzes folgen zu lassen, um wenigstens ein vorläufiges Urtheil über die Gestaltung dieser Vorlage zu gewinnen, abgelehnt werden wird, und zwar mit einer Stimme Majorität, vorausgesetzt, daß nicht unvollständige Besetzung der Kommission das Resultat verändert. Die liberalen Mitglieder werden sich danach für die zweite Lesung des Krankenkassengesetzes entscheiden müssen, ob sie sich bei dem gestern gefassten, vorläufigen Beschlusse, welcher die Befassung der Krankenkassen mit der Entscheidung für Betriebsunfälle von nicht länger als dreizehnwöchentlich Dauer zunächst aus dem Gesetze entfernt hat, beruhigen wollen, obgleich diese Entscheidung nur mit Rücksicht auf das gegenwärtig bestehende Maß der Haftpflicht getroffen worden, und von der Regierung jedenfalls nur mit dem Vorbehalt angenommen werden wird, bei der Erweiterung der Haftpflicht durch das Unfallversicherungsgesetz auf jene Heranziehung der Krankenkassen zurückzukommen. Es läßt sich jetzt noch nicht sagen, wofür man sich erklären wird, da erst von den ferneren Beschlüssen über freitägige Einzelheiten des Entwurfes abhängen wird, ob man ein auf Grund derselben zu Stande kommendes Krankenkassengesetz, abgesehen von der Verbindung mit der Unfallversicherungsaufgabe, als einen Fortschritt wird zu betrachten haben. Im Allgemeinen ist der Wunsch, durch Befreiung des erstgenannten Gesetzes aus der Umhüllung des anderen Entwurfes dasselbe zu Stande zu bringen, im Steigen. — Die von einem kranken Blatte gebrachte „Enttöschung“ über die Modalitäten, unter denen der frühere Minister Friedenthal, welcher im Abgeordnetenhaus einen positiven Wahlkreis vertrat, die Uebertragung der Kreisordnung von 1873 auf die Provinz Posen für möglich hielt, gehört nicht nur, wie in der Presse zutreffend konstatiert worden, einer früheren Zeit an, sondern sie ist auch insofern inhaltlich ohne alle Bedeutung, als weder Herr Friedenthal, noch andere deutsche Politiker jemals ein Gehl aus der Entschlossenheit gemacht haben, in der theilweise polnischen Provinz die Selbstverwaltung nur unter Bedingungen einzuführen, welche jeden Mißbrauch zu national-polnischen Zwecken ausschließen würden. Auch den polnischen Politikern der Provinz Posen war das immer bekannt.

Wollmarkt.

Breslau, 6. Juni. Vorbericht. Die Zufuhren an neuer Wolle sind seit gestern früh sehr bedeutend und geben größtentheils auf die Lager hiesiger Händler. Die Wäschchen, begünstigt durch schönes Wetter während der Schur, sind durchschnittlich als recht gelungen zu bezeichnen. Am Tage sind bereits Fabrikanten und Händler vom Rhein, der Lausitz und Berlin, doch wird die Entwicklung des Geschäftes erst morgen nach dem Schweidnitzer Markt erwartet.

Breslau, 6. Juni. Bisher sind Käufer nur vereinzelt eingetroffen; gekauft sind im Ganzen etwa 500 Zentner, und zwar für den Rhein, für England und die Lausitz. Die Zufuhr dauert noch fort, ergibt jedoch gegen das Vorjahr theils in Folge des geringen Schurgewichts, theils in Folge der Reduktion der Herden eine Verminderung von wenigstens 10 pCt.

Telegraphische Nachrichten.

Kassel, 6. Juni. Prinz Karl ist heute Nachmittag in seinem Bette von dem Hotel nach dem Palais am Friedrichsplatz gebracht worden.

Wien, 6. Juni. Die „Wiener Zeitung“ veröffentlicht die Ernennung v. Kallay's zum gemeinsamen Finanzminister, ferner ein Handschreiben des Kaisers an den bisherigen Reichsfinanzminister v. Sclavay, in welchem derselbe seine volle Anerkennung für die von ihm geleisteten Dienste ausspricht und ihm das Großkreuz des St. Stefansordens verleiht.

Bern, 6. Juni. Der Nationalrath beschloß mit 63 gegen 20 Stimmen auf den Antrag Morel's folgende Resolution: Der Nationalrath bringt im Namen des Schweizervolks dem Ansehen Garibaldi's seine Huldigung dar und schließt sich der Trauer an, in welche der Tod dieses großen Patrioten Italien versetzt.

Rom, 6. Juni. Der Sekretär der Mailänder Leichenverbrennungs-Gesellschaft, Dr. Pini, ist gestern nach Caprera abgereist, um die Verbrennung der Leiche Garibaldi's nach dem System Gorini vorzubereiten. Der Herzog von Genua, der General Carada, Oberst Morozzo und der Zeremonienmeister Tolomei und bella Suisa werden den König bei den Leichenfeierlichkeiten vertreten.

Stockholm, 6. Juni. Anlässlich der silbernen Hochzeit des Königspaares ist die Hauptstadt feilich geschmückt. Aus den Provinzen sind viele Deputationen zur Beglückwünschung des Jubelpaares eingetroffen. Nach einem feierlichen Gottesdienste in der Schloßkirche findet heute Galabänder und zugleich eine Speisung der Armen statt. Sämmtliche Zeitungen enthalten sympathische Artikel anlässlich des Festes.

Paris, 5. Juni. Die katholischen Journale veröffentlichen die von den Erzbischöfen gegen die Anträge verschiedener Deputierten betreffend die Modifikation der Beziehungen zwischen Staat und Kirche gerichteten Bemerkungen. In denselben heißt es, wenn die Gesetze unvollkommen sind, muß man der Regierung die Sorge überlassen, sie zu modifizieren, entweder im Einvernehmen mit den Bischöfen oder wenn notwendig in Gemeinschaft mit dem Papste.

Paris, 6. Juni. Wie der „Agence Havas“ aus London gemeldet wird, soll Lord Granville auf die Mittheilung des türkischen Botschafters, Musurus Pascha, sich in dem Sinne geäußert haben, daß der Zusammentritt der Konferenz für den Erfolg der türkischen Mission selbst von wesentlichem Nutzen sein würde, da durch dieselbe die Einigkeit der Mächte und der Türkei bewiesen würde.

Petersburg, 6. Juni. Da die Pforte beantragt hat, die Berufung der Konferenz zu suspendieren, bis das Resultat der Mission Derwisch Pascha's vorliege, hat sie sich zugleich, wie man hier annimmt, mit jeder Macht einzeln verständigt, daß, falls letztere Scheitern sollte, die Mächte zu der Konferenz zusammentreten könnten, da die Zustimmung derselben zu der Konferenz bereits gegeben sei.

Petersburg, 6. Juni. Hinsichtlich des Projektes Barrère bemerkt das „Journal de Saint Pétersbourg“, das Projekt würde nur angenommen werden, wenn es einmüthig von den Delegierten bei der Donau-Kommission gebilligt werde und nur unter der ausdrücklichen Bedingung, daß die Verlängerung der Vollmachten der europäischen Kommission der Entscheidung der Rabinete vorbehalten bliebe. Im entgegengekehrten Falle hätten sich die Mächte über weitere Schritte zu verständigen.

Konstantinopel, 6. Juni. Entgegen früheren Mittheilungen wird wiederholt konstatiert, daß Server Pascha nicht als Kommissar nach Egypten gehen werde.

Newyork, 6. Juni. Der Dampfer „England“ von der National-Dampfschiffs-Compagnie (C. Messing'sche Linie) ist hier eingetroffen.

Verantwortlicher Redakteur: H. Bauer in Posen. — Für den Inhalt der folgenden Mittheilungen und Inserate übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Meteorologische Beobachtungen zu Posen im Juni.

Datum	Barometer auf 0 Gr. red. in mm. 82 m Seeshöhe	Wind	Wetter	Temp. i. Cels. Grad.
6. Nachm. 2	755.9	SW mäßig	halbeiter 1)	+21.0
6. Abds. 10	754.4	S schwach	heiter	+17.1
7. Morgs. 6	752.8	SE schwach	wolkenlos	+13.3

1) Regenhöhe: 9,6 mm.

Am 6. Wärme-Maximum +25.3 Cels.

Wärme-Minimum +11.6 „

Wetterbericht vom 6. Juni. 8 Uhr Morgens.

Ort.	Barom. a. 0 Gr. nachd. Meeresniv. red. in mm.	Wind	Wetter	Temp. i. Cels. Grad.
Mullaghmore	745	SW	5 bedeckt	12
Aberdeen	746	S	2 bedeckt	14
Christiansund	749	SW	2 bedeckt	11
Kopenhagen	759	SW	4 bedeckt	14
Stockholm	756	SW	1 wolfig	18
Osaka	753	S	4 bedeckt	10
Petersburg	760	S	1 wolkenlos	12
Moskau	756	N	1 wolkenlos	12
Corf. Quenst.	750	SEW	5 wolfig	14
Brest	756	SEW	1 Regen	13
Heider	754	SEW	4 halb bedeckt	16
Spit	758	SW	4 halb bedeckt	17
Hamburg	761	SEW	4 wolkenlos	19
Swinemünde	762	SEW	2 heiter	18
Neufahrwasser	762	SW	1 bedeckt	15
Memel	759	SW	3 bedeckt	15
Paris	762	SEW	2 wolkenlos	15
Münster	761	S	6 wolkenlos	16
Karlsruhe	765	SE	1 wolkenlos	18
Wiesbaden	764	W	1 heiter	14
München	767	still	wolkenlos	15
Leipzig	764	SEW	1 wolkenlos	18
Berlin	763	D	1 heiter	17
Wien	764	SW	3 wolkenlos	16
Breslau	764	SW	4 heiter	15
Ne d'Alg	759	S	4 wolkenlos	16
Nizza	762	still	heiter	22
Triest	763	DND	3 heiter	20

1) Nachts Regen. 2) Seegang mäßig. 3) Grobe See. 4) Nachmittags Regen. 5) Starker Thau. 6) Gellern starker Regen.

Scala für die Windstärke: 1 = leiser Zug, 2 = leicht, 3 = schwach, 4 = mäßig, 5 = frisch, 6 = hart, 7 = heftig, 8 = stürmisch, 9 = Sturm, 10 = heftiger Sturm, 11 = heftiger Sturm, 12 = Orkan.

Anmerkung: Die Stationen sind in 4 Gruppen geordnet: 1. Nordeuropa, 2. Küstengebiet von Island bis Ostpreußen, 3. Mitteleuropa südlich dieser Zone, 4. Südeuropa. — Innerhalb jeder Gruppe ist die Richtung von West nach Ost eingezeichnet.

Uebersicht der Witterung. Während das Depressionsgebiet im Nordwesten sich wenig verändert hat und so die mäßige bis feine südwestliche Luftströmung über der Südhälfte der britischen Inseln fort dauert, hat sich über Südeuropa ein Luftdruckmaximum mit ruhigem, trockenem, fast wolkenlosem Wetter ausgebildet. Auch im nördlichen Mitteleuropa, wo, außer im Nordosten, die südwestlichen Winde aufgefrischt und mäßig bis stark geworden sind, ist das Wetter heiter und trocken. Die Temperatur ist im Westen nicht gestiegen, im Osten gesunken.

Deutsche Seewarte.

Wasserstand der Warthe.

Posen, am 6. Juni	Morgens 0.64 Meter.
„ „ 6. „	Mittags 0.62 „
„ „ 7. „	Morgens 0.60 „

Telegraphische Börsenberichte.

Fonds-Course.

Frankfurt a. M., 6. Juni. (Schluß-Course.) Fest. Lond. Wechsel 20.46. Pariser do. 81.21. Wiener do. 170.95. R.-M. St.-A. —. Rheinische do. —. Hess. Ludwigsb. 105.3. R.-M.-Pr.-Anth. 129. Reichsbank 102.3. Reichsbank 149.3. Darmst. 160.3. Meiningen B. 94.3. Dst.-ung. Bl. 700.00. Kreditaktien 277.3. Silberrente 65.3.

Papierrente 65.3. Goldrente 80.3. Ung. Goldrente 75.3. 1860er Loose 122.3. 1864er Loose 323.40. Ung. Staatsr. 225.50. do. Dst.-Obl. 11.94.3. Böhm. Westbahn 264. Elisabethb. —. Nordwestbahn 178. Galizier 271.3. Franzosen 283.3. Lombarden 128. Italiener 90.3. 1877er Russen 85. 1880er Russen 69.3. II. Orientanl. 56.3. Rentr.-Pacific 113. Diskonto-Kommandit —. III. Orientanl. 57.3. Wiener Bankverein —. ungarische Papierrente —. Buschthierader —. Oberkassische —.

5proz. österr. Papierrente 78.3. Dur.-Bodenbacher —. Nationalbank für Deutschland —. Egypter —. Schweizer Centralbahn —. Frankfurter Bierbrauerei —.

Nach Schluß der Börse: Kreditaktien 276.3, Franzosen 282.3, Galizier 271.3, Lombarden 127.3, II. Orientanl. —, III. Orientanl. —, österr. Goldrente —, Egypter —.

Wien, 6. Juni. (Schluß-Course.) Günstig. In Folge besserer ägyptischer Nachrichten und guter Saatenlandsberichte fanden Deckungen statt. Kreditaktien und Bahnen lebhaft.

Papierrente 76.50. Silberrente 77.20. Dsterr. Goldrente 94.40. 6proz. ungarische Goldrente 119.85. 4proz. ung. Goldrente 88.25. 5proz. ung. Papierrente 86.30. 1854er Loose 119.70. 1860er Loose 130.20. 1864er Loose 170.70. Kreditloose 176.70. Ungar. Prämienl. 117.50. Kreditaktien 324.90. Franzosen 330.75. Lombarden 149.00. Galizier 318.00. Rast.-Ostb. 149.00. Pardubitzer 153.50. Nordwestbahn 208.50. Elisabethbahn 210.20. Nordbahn 275.00. Dsterr. ungar. Bank —. Türk. Loose —. Unionbank 122.80. Analo-Aufst. 123.50. Wiener Bankverein 114.50. Ungar. Kredit 318.50. Deutsche Plätze 58.55. Londoner Wechsel 119.80. Pariser do. 47.67. Amsterdamer do. 99.15. Napoleons 9.52.3. Dukaten 5.65. Silber 100.00. Marknoten 58.55. Russische Banknoten 1.20.3. Lemberg-Gesamtwert —. Kronpr.-Rubel 169.00. Franz.-Rosen —. Dur.-Bodenbacher —. Böhm. Westbahn —. Buschthierader Bahn —. Tramway 227.75.

4proz. ung. Bodenkredit-Pfandbriefe —, Elbthal —, 5proz. österr. Papierrente —, ung. Goldrente —, Buschthierader B. —, Ung. Präm. —, Estomonte —.

Nachbörse: Galizier —, Franzosen —, Dsterr. Kreditaktien 323.75. Vachs, 5. Juni. Boulevard-Verkehr 3prozent. Rente 83.32.3. Anleihe von 1872 116.05. Italiener 90.70. österr. Goldrente —, Türken 12.97.3. Lärtenloose 57.00. Spanien inter. —, do. ext. 29.3. ung. Goldrente —, Egypter 353.00. 3proz. Rente —, 1877er Russen —, Franzosen —, Lombarden —, Fest.

London, 6. Juni. Consois 100.3. Italien. 5prozent. Rente 89.3. Lombard. 12.3. 3proz. Lombarden alte —, 3proz. do. neue —, 5proz. Russen de 1871 83.3. 5proz. Russen de 1872 82.3. 5proz. Russen de 1873 82.3. 5proz. Türken de 1865 12.3. 3proz. fundierte Amerik. 102.3. Dsterr. Silberrente —, do. Papierrente —, ungarische Goldrente 75. Dsterr. Goldrente —, Spanien 29. Egypter 70.3. 4proz. preuß. Consois 101.3. 4proz. bar. Anleihe —. Unbelebt.

Wechselnotierungen: Deutsche Plätze 20.63. Wien 12.09. Paris 25.45. Petersburg 23.3.

Platzdiscont 2.3 pCt. Silber —.

Genua, 6. Juni. 5pCt. Italien. Rente 92.95. Gold 20.53.

Newyork, 5. Juni. (Schluß-Course.) Wechsel auf Berlin 95.3. Wechsel auf London 4.86.3. Cable Transfers 4.89.3. Wechsel auf Paris 5.14.3. 3proz. fundierte Anleihe 101. 4prozentige fundierte Anleihe von 1877 120.3. Erie-Bahn 33.3. Central-Pacific 117.3. Newyork Centralbahn 126.3. Chicago-Eisenbahn 142.3.

Gold leicht, für Regierungssicherheiten 2, für andere Sicherheiten 2.3 Prozent.

Produkten-Markt.

Königsberg, 6. Juni. Getreidemarkt. Weizen stiller. Roggen matt, loco 121/122 Pfd. 2000 Pfd. Zollgewicht 136.00, pr. Juni 135.00, pr. September-Oktober 132.50. Gerste flau. Hafer unverändert, loco inländ. 124.00, pr. Juni 120.00. Weiße Erbsen per 2000 Pfd. Zollgewicht 140.00. Spiritus pr. 100 Liter 100 pCt. loco 43.25, pr. Frühjahr —, pr. Juli 44.25, per September 46.25. — Wetter: Bewölkt.

Bremen, 6. Juni. Petroleum. (Schlußbericht.) Rubig. Standard white loco 7.00 bez., per Juli 7.10 Br., per August 7.25 Br., per September 7.35 Br., per Oktober-Dezember 7.55 Br.

Hamburg, 6. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen loco unverändert, auf Termine rubig. Roggen loco unverändert, auf Termine rubig. Weizen per Juli-Aug. 203.00 Br., 202.00 Gd., per Sept.-Okt. 199.00 Br., 198.00 Gd. Roggen per Juli-Aug. 137.00 Br., 136.00 Gd., per Sept.-Okt. 136.00 Br., 135.00 Gd. Hafer u. Gerste unverändert. Rübsöl still, loco 58.00, per Oktober 57.50. Spiritus still, per Juni 36 Br., per Juli-Aug. 36.3 Br., per Aug.-Sept. 37.3 Br., per Sept.-Okt. 38.3 Br. — Raffee rubig, Umsatz 2000 Sad. — Petroleum rubig, Standard white loco 7.10 Br., 7.00 Gd., per Juni 7.05 Gd., per August-Dezember 7.55 Gd. — Wetter: Schön.

Wien, 6. Juni. (Getreidemarkt.) Weizen pr. Juni-Juli 12.05 Gd., 12.10 Br., per Herbst 10.95 G., 11.97 Br. Hafer pr. Juni-Juli 8.00 Gd., 8.05 Br. Mais pr. Juni-Juli 8.00 Gd., 8.05 Br.

Peit, 6. Juni. Produktmarkt. Weizen loco fest, auf Termine matter, pr. Frühjahr —, Br., pr. Herbst 10.75 Gd., 10.77 Br. — Hafer pr. Herbst 6.70 Gd., 6.75 Br. — Mais pr. Juni-Juli 7.80 Gd., 7.82 Br. — Rohraps pr. August-September 13.3 a 13.3. — Wetter: Trübe.

Petersburg, 6. Juni. (Produktenmarkt.) Talg loco 75.00, pr. August 70.00. Weizen loco 14.60. Roggen loco 10.00, Hafer loco 5.10. Hanf loco 34.00. Leinsaat (9 Pud) loco 14.00. — Wetter: Warm.

London, 6. Juni. An der Küste angeboten 11 Weizenladungen. — Wetter: Regen.

London, 6. Juni. Savannazucker Nr. 12 24.3. Stetig.

London, 6. Juni. In der gestrigen Wollauktion waren Preise unverändert.

Glasgow, 6. Juni. Die Verschiffungen der letzten Woche betrugen 9867 Tons gegen 14,509 Tons in derselben Woche des vorigen Jahres.

Liverpool, 6. Juni. Baumwolle. (Anfangsbericht.) Rutchmaßlicher Umsatz 10,000 Ballen. Stetig. Tagesimport 14,000 Ballen amerikanische.

Liverpool, 6. Juni. Baumwolle. (Schlußbericht.) Umsatz 12,000 Ballen, davon für Spekulation und Export 2000 Ballen. Anliegend. Mibbl. amerikanische Juni-Juli-Lieferung 6.3.3, Juli-August-Lieferung 6.4.3, August-September-Lieferung 6.5.3, September-Oktober-Lieferung 6.6.3, Oktober-November-Lieferung 6.7.3, November-Dezember-Lieferung 6.8.3.

Liverpool, 6. Juni. Baumwolle. (Schlußbericht.) Weitere Meldung. Definitiver Umsatz 14,000 Ballen, davon für Spekulation und Export 3000 Ballen. Domra 7.3 d. höher.

Manchester, 6. Juni. 12r Water Armitage 7.3, 12r Water Taylor 8.20r Water Nicholls 9.3, 30r Water Clayton 10.3, 32r Water Townhead 10.3, 40r Water Manoll 9.3, 40r Medio Wilkinson 11.3, 36r Waterpops Dual. Nowland 10.3, 40r Double Weston 11.3, 60r Double courante Qual. 14.3, Printers 11.3 a 11.3 pfd. 9.4.3. Anliegend.

Antwerpen, 6. Juni. Petroleummarkt. (Schlußbericht.) Raffinirtes, Type weiß, loco 17.3 bez. und Br., per Juli 18 Br., per September 18.3 Br., per Sept.-Dezember 19 Br. Rubig.

Newyork, 5. Juni. Waarenbericht. Baumwolle in Newyork 12.3, do. in New-Orleans 12.3, Petroleum in Newyork 7.3 Gd., do. in Philadelphia 7.3 Gd., rohes Petroleum 6.3, do. Pipe line Certificates — D. 57 C. Mehl 5 D. 00 C. Roher Winterweizen loco 1 D. 45 C. do. pr. Juni 1 D. 46 C. do. pr. Juli 1 D. 23 C. do. pr. August 1 D. 21 C. Mais (old mixed) 81 C. Zucker (Fair refining Muscovados) 7.3. Raffee (Rio) 9.3. Schmalz Marke (Wicor) 11.3. do. Fairbank 11.3. do. Robe u. Brothrs 11.3. Sred (short clear) 11.3 C. Getreidefracht 1.

